

Minarett-Verbot ist diskriminierend und unnötig

Ein Nein dazu heisst nicht Ja zu jedem Minarett

Die Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz (GMS), die Interreligiöse Arbeitsgemeinschaft Schweiz (IRAS), die Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) und das Zürcher Lehrhaus sagen, ein Minarett-Verbot sei diskriminierend. Weshalb?

Die Minarett-Verbots-Initiative will Muslimen verbieten, mit dem Minarett eines ihrer religiösen Zeichen zu verwenden. Damit will sie beim Islam nicht das Gleiche zulassen, was alle ande-

ren Religionen mit Kirchtürmen, Pagoden usw. tun dürfen. Das diskriminiert und grenzt muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger aus.

Die Initianten behaupten aber, das Minarett sei ein Machtzeichen und die Religionsfreiheit daher nicht verletzt.

Gerade indem sie weismachen wollen, das Minarett sei kein religiöses Symbol, verletzen die Initianten die Religionsfreiheit. Sie wollen, dass der Staat und nicht

die muslimischen Religionsgemeinschaften sagen soll, was für diese ein religiöses Symbol ist.

Widerspricht das der in der Schweiz geltenden Trennung von Staat und Religion?

Ja genau das ist es. Wir haben aus dem Kulturkampf des 19. Jahrhunderts gelernt, dass sich der Staat aus religiösen Angelegenheiten heraushalten muss. Das hat uns den religiösen Frieden gebracht und ist eminent wichtig, um diesen zu erhalten.

Sie sagen auch, die Initiative sei unnötig.

Bereits nach unseren geltenden Gesetzen kann ein Minarett und vor allem auch ein allfälliger Muezzinruf verboten werden. Deshalb ist die Initiative völlig unnötig und nur eine Provokation. Auch Kirchtürme mit lauten Glocken dürfen nach unseren Baugesetzen nicht überall gebaut werden.

Weshalb engagieren Sie sich gegen die Initiative?

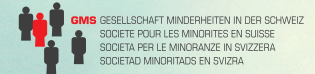
Ein Minarettverbot wäre eine Massnahme, die nicht nur unsere Schweizer Freiheitsrechte und unser Ansehen in der Welt beschädigt. Es wäre auch eine grosse Gefahr für die Integration und das friedliche Zusammenleben mit Einwanderern heute bereits aus zweiter und dritter Generation.

Giusep Nay,
a. Bundesgerichtspräsident/
Präsident GMS



★ EURO / RSCG ZÜRICH

Spenden mit dem Vermerk «Religionsfreiheit» nimmt die Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz dankend entgegen: Postkonto 85-515412-1. www.minarettverbot-nein.ch



Der Himmel über der Schweiz ist gross genug.

Nein zur Intoleranz. Nein zur Minarettverbots-Initiative.

